

Fachkonferenz „Raus aus Gas WIEN 2025“

17. – 18. November 2025

Nachschau





Inhalt



Programm	4
Fachkonferenz „Raus aus Gas WIEN 2025“	10
Was Wien in der ersten Phase des „Raus aus Gas“ Programms bereits erreicht hat	13
Kommunale Wärmeplanung und Gasnetzstilllegungsplanung – Schlüssel zur Wärmewende in Städten	15
Erfahrungen aus den Niederlanden, der Schweiz und Deutschland	19
Herausforderungen und Lösungsoptionen für „Raus aus Gas“ in Wien	27
Kostenoptimierte Wärmewende und Herausforderungen und Chancen abseits redundanter Energieinfrastruktur	31
Zur Umsetzung der EU-Gasmarktrichtlinie	33
„Raus aus Gas“: Herausforderungen und Chancen für die kommende Phase des Wiener Programms	36

Programm

Montag, 17.11.2025

Festsaal des Wiener Rathaus, 1.,
Rathausplatz, Eingang Lichtenfelsgasse

Moderation: Jutta Löffler (UIV)

9 Uhr: EINLASS UND REGISTRIERUNG

9.30 Uhr: BEGRÜSSUNG

- Magistratsdirektor Dietmar Griebler
- Stadtbaudirektor Bernhard Jarolim
- Alma Kahler, Geschäftsführerin Wien Energie

10 Uhr: BEGRÜSSUNG UND ERÖFFNUNG SEITENS POLITISCHER PROGRAMMAUFTRAGGEBER

- Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál
- Klima-Stadtrat Jürgen Czernohorszky

10.15 Uhr: GRUSSWORTE SEITENS KLUBOBLEUTE

- SPÖ-Klubvorsitzender Josef Taucher
- NEOS-Klubobfrau Selma Arapovic

**THEMENBLOCK: ERFAHRUNGEN AUS ANDEREN STÄDTEN:
KOMMUNALE WÄRMEPLANUNG UND GASNETZSTILLEGUNGS-
PLANUNG**

10.30 Uhr: AUF DEM WEG ZUR WÄRMEPLANUNG UND GASNETZSTILLEGUNGSPLANUNG IN HANNOVER

Niklas Wehbring, Abteilungsleiter Strategisches Assetmanagement bei enercity, ehem. Stadtwerke Hannover

10.45 Uhr: GASNETZSTILLEGUNG IN DER STADT WINTERTHUR

Urs Buchs, Mitglied der Geschäftsleitung von Stadtwerk Winterthur

11 Uhr: PREPARING FOR THE NEW ENERGY ACT: DEVELOPMENTS IN THE DUTCH ENERGY TRANSITION

Coco Hennissen & Raymond Bouman, Stadt Maastricht (Vortrag ist in Englisch)

11:15 Uhr: Pause

11.30 Uhr: GAS IN WIEN: AUSGANGSLAGE, WIENER WÄRMEPLANUNG UND AKTUELLER RAHMEN

Herbert Ritter, Stadt Wien – Energieplanung
Ines Koubek, Wiener Stadtwerke





11.45 Uhr: KOMMUNALE WÄRMEPLANUNG UND GASNETZSTILLEGUNGSPLANUNG: SCHLÜSSEL ZUR WÄRMEWENDE IN STÄDTEN?

Josef Taucher (Gemeinderat SPÖ Wien und Vorsitzender des Unterausschusses Wiener Stadtwerke) & Stefan Gara (Gemeinderat NEOS Wien) im Gespräch mit

- Urs Buchs, Stadtwerk Winterthur
- Niklas Wehbring, enercity
- Coco Hennissen, Stadt Maastricht
- Raymond Bouman, Stadt Maastricht
- Herbert Ritter, Stadt Wien - Energieplanung

12:30 Uhr: MITTAGSPAUSE MIT BUFFET



13.30 Uhr: WORLD CAFÉ MIT THEMENTISCHEN ZU „HERAUSFORDERUNGEN UND LÖSUNGSOPTIONEN IM THEMENKOMPLEX RAUS AUS GAS“

Zahlreiche der nachfolgenden Thementische werden gehostet von der Initiative 100-Projekte-Raus aus Gas der Stadt Wien - Energieplanung (MA 20).

Wie kann die Aktivierung und Ansprache bestimmte Zielgruppen besser gelingen?

Moderation: Iris Wrana, MD-BD

Entscheidungsprozesse innerhalb eines Wohnhauses: Wie? Wo? Was? Wann?

Moderation: Johanna Frohmann, MA 20 & Erika Senkowsky, UIV

Wärmenetze: Chancen, Herausforderungen und Rahmenbedingungen

Moderation: Herbert Hemis, MA 20 & Petra Schöfmann, UIV

Wie machen wir unsere Gebäude fit für künftige Sommer?

Moderation: Stefan Sattler, MA 20

Wie können wir Unternehmen effektiv bei der Dekarbonisierung begleiten?

Moderation: Petra Schöfmann, UIV & Andreas Veigl, UIV

Wie gelingt der Umstieg von Gas in Wiens Gastronomie-Betrieben?

Moderation: Sonja Starnberger, UIV

Temporäre Übergangslösungen für defekte Gasthermen? Wie können Bewohner*innen bei der Dekarbonisierung bestmöglich unterstützt werden?

Moderation: Viktoria Forstinger, MD-BD

Welche Erkenntnisse können wir für Wien aus anderen Städten ziehen?

Moderation: Jonas Rechin, VKÖ

Speichersysteme und weitere technische Neuerungen: Aktuelle Herausforderungen und Anwendbarkeit im urbanen Raum

Moderation: Felix Wimmer, IBR&I

Fernwärme der Zukunft mit Erneuerbaren Energien & Speichern

Moderation: Dominik Pernsteiner, Wien Energie

15 Uhr: KURZE REFLEXION DER WESENTLICHSTEN ERKENNTNISSE AUS DEN THEMENTISCHEN

15.30 Uhr: Pause

16.00 Uhr: PERSPEKTIVE ENDKUND*INNEN: AUSBLICK AUF ENTWICKLUNGEN VON NETZTARIFEN

Joel Tölgyes, Abteilung für Energiepolitik, AK Wien

16.15 Uhr: AKTUELLER STAND BEI DER UMSETZUNG DER EU-GAS- UND WASSERSTOFFBINNENMARKT-RL

Karoline Narodoslawsky, Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus (BMWET),
Fachkoordinatorin der Sektion V – Energie

16.30 Uhr: PANELDISKUSSION: KOSTENOPTIMIERTE WÄRMEWENDE: HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN ABSEITS REDUNDANTER ENERGIEINFRASTRUKTUREN

Moderation: Jutta Löffler, UIV

- Karoline Narodoslawsky, Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus
- Joel Tölgyes, AK Wien
- Franziska Aujesky, Wirtschaftskammer Wien (angefragt)
- Thomas Kreitmayer, Stadt Wien, Magistratsdirektion Bauten und Technik, Programmleitung Raus aus Gas
- Katharina Hochmair, Wien Energie

17.15 Uhr: AUSBLICK AUF DEN NÄCHSTEN TAG UND ABSCHLUSS DES KONFERENZTAGS

17.30 Uhr: APERITIF

18 Uhr: ABENDESSEN & ABENDPROGRAMM

22 Uhr: Ende



Site Visits

Am Dienstag, den 18.11.2025 fanden im Rahmen der Konferenz thematische Spaziergänge statt. Sie spannen den Bogen von Theorie zu Praxis und zeigen Beispiele, wie Raus aus Gas in der 2 Millionen-Stadt möglich wird.

Besichtigung der Deutschordensstraße von Wiener Wohnen

In zwei Wohnhausanlagen aus den 1950er-Jahren wurden nach einer thermischen Sanierung insgesamt 277 Wohnungen auf Wärmepumpenversorgung umgestellt. Das Pilotprojekt von Wiener Wohnen ist ein gutes Beispiel dafür, wie die Dekarbonisierung im sozialen Wohnbau gelingen kann.

Besichtigung der Arenberggasse der Sozialbau AG

Im Zuge einer sogenannten seriellen Sanierung werden in der Arenberggasse vorgefertigte Fassadenmodule mit integrierter Bauteilaktivierung zur Temperierung der Fassade angebracht. Eine zentrale Wärmepumpe mit Erdsonden ersetzt die dezentralen Gasthermen.

Besichtigung der Firmenzentrale von Roots Energy

Roots Energy entwickelt modulare, standardisierte erneuerbare Heizsysteme, die niederschwellig und kostengünstig im Bestand sowie im Neubau eingesetzt werden können. In deren Firmenzentrale lässt sich das komplette System erleben – in echten Wohnsituationen mit unterschiedlichen Wärmequellen und Wärmeabgabesystemen.

Dekarbonisierung der Fernwärme: Besichtigung der Tiefengeothermie-Bohrung durch Wien Energie in der Seestadt

Im Juli wurden die Tiefenbohrungen für die erste Tiefengeothermie-Anlage Wiens abgeschlossen. Aktuell finden Fördertests statt, bei denen heißes Wasser aus 3.000 Metern Tiefe an die Oberfläche gepumpt wird, um dessen chemische Zusammensetzung und Fördermenge zu untersuchen. Bis 2028 sollen 20.000 Wiener Haushalte mit grüner Wärme aus der Tiefe beheizt werden.





Auf den Spuren des Fernwärme-Ausbaus in Mariahilf

Das Gebiet rund um die Gumpendorfer Straße wurde 2023 als eines von insgesamt vier Pioniergebieten der Fernwärme ausgewählt. Die Wien Energie geht hier für eine beschleunigte Nachverdichtung in finanzielle Vorleistung und baut seit 2025 in diversen Seitengassen flächenweise die Fernwärme aus. Seit Frühjahr 2025 wird in Mariahilf außerdem, dank intensiver Unterstützung des Bezirkes, mit dem „RaG lokal“ ein lokales Beratungsangebot pilotiert, das den Bewohner*innen als möglichst niederschwellige und direkte Anlaufstelle für aktuelle Anliegen zu Raus aus Gas fungiert. Wir freuen uns, beim Spaziergang u.a. auch Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Julia Lessacher mit dabei zu haben.

Besichtigung ausgewählter Objekte aus der 100-Projekte-Initiative

Die Initiative „100 Projekte Raus aus Gas“ holt Projekte vor den Vorhang, die zeigen, wie der Umstieg von Gas auf erneuerbare Heizsysteme gelingt. Im Fokus stehen dabei mehrgeschoßige Wohngebäude, die nicht an die Fernwärme angeschlossen werden können.

Nähere Informationen zu den einzelnen Projekten finden sich unter:

wien.gv.at/umwelt/100-projekte-raus-aus-gas

Kurze Reflexion der wesentlichsten Inhalte aus dem World Cafe

Stadt
Wien



Fachkonferenz „Raus aus Gas WIEN 2025“

Was Wien, Hannover, Maastricht und Winterthur voneinander lernen können

Bis zum Jahr 2040 plant Wien, die Wärmeversorgung vollständig emissionsfrei zu gestalten. Dafür sollen fossile Energieträger wie Öl, Gas und Kohle durch hocheffiziente Fernwärme sowie erneuerbare Energien wie Geothermie ersetzt werden. Das städtische Programm „Raus aus Gas“ treibt diesen Wandel aktiv voran. Drei Jahre nach dem Start zog Wien eine Zwischenbilanz und lud dazu Expert*innen aus Österreich, Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden am 17. und 18. November 2025 zu einer Fachkonferenz ins Wiener Rathaus.

Im Mittelpunkt standen der Austausch von Erfahrungen aus Hannover, Winterthur, Maastricht und Wien anhand konkreter Beispiele sowie die Diskussion von tragfähigen Lösungen für die Dekarbonisierung im urbanen Raum.

WEGE ZUR KLIMANEUTRALEN WÄRMEVERSORGUNG

Die Gespräche befassten sich vor allem mit der Rolle der Fernwärme und der kommunalen Wärmeplanung, der Sanierung von Gebäudebeständen sowie der Stilllegung von Gasnetzen in Städten.



Zudem wurden die Dekarbonisierung von Prozesswärme, Potenziale von Nahwärmenetzen und das Thema Kühlung in heißen Sommermonaten diskutiert. Angesichts angespannter kommunaler Budgets stellen sich bei allen Maßnahmen nicht zuletzt auch Herausforderungen zur Bewältigung der Kosten. Aktuelle Informationen zur Umsetzung der EU-Gasmarktrichtlinie und Optionen im Umgang mit Gasnetzkosten wurden ebenfalls vorgestellt.

„Site Visits“ und Stadtspaziergänge waren Wiener „Raus aus Gas“ Projekten gewidmet – wie etwa dem Pilotprojekt von Wiener Wohnen, dem Gemeindebau in der Deutschordenstraße im 14. Bezirk, bei dem Anlagen aus den 1950er Jahren erfolgreich auf Wärmepumpen umgestellt wurden, oder dem Sanierungsprojekt der Sozialbau AG in der Arenberggasse im 3. Bezirk, wo

innovative Fassadenmodule und eine zentrale Wärmepumpe künftig alte Gasthermen ersetzen. Die Teilnehmenden konnten sich vor Ort über den Fernwärmeausbau im 6. Bezirk informieren und sich die erste Tiefengeothermie-Anlage von Wien Energie und OMV in der Seestadt ansehen, die ab 2028 rund 20.000 Haushalte mit grüner Wärme aus der Tiefe versorgen soll.

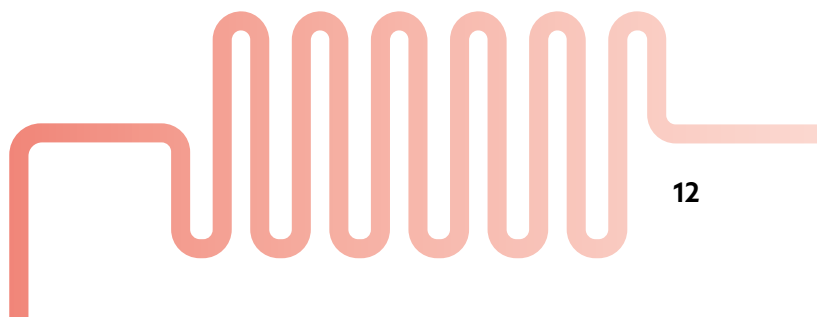
Die vorliegende Dokumentation gibt einen Überblick über die wichtigsten Gesprächsthemen und Ergebnisse der Konferenz.

Mehr zu „Raus aus Gas“ findet sich unter wien.gv.at/umwelt/raus-aus-gas



„Die Vernetzung und der Austausch mit der Verwaltung anderer Städte ist ein entscheidender Ansatz. Denn die Städte Europas haben allesamt ähnliche Probleme – man muss nicht immer wieder ‘das Rad neu erfinden’. In Wien gelingt bereits ein gutes Miteinander zwischen Stadtverwaltung und Unternehmen. Gemeinsam arbeiten wir daran, dass für die Bevölkerung zukunftsweisende Rahmenbedingungen geschaffen werden und die hohe Lebensqualität erhalten bleibt.“

Dietmar Griebler, Magistratsdirektor der Stadt Wien





Was Wien in der ersten Phase des „Raus aus Gas“ Programms bereits erreicht hat

3 Jahre Umsetzungsprogramm Raus aus Gas

Die Stadt Wien arbeitet seit Jahren intensiv mit Unternehmen und Partnern zusammen, um den Weg zur Wärmewende gemeinsam, zielgerichtet und koordiniert zu gehen. Fossile Energieträger wie Öl, Gas und Kohle werden konsequent durch hocheffiziente Fern-

wärme und erneuerbare Energien wie Geothermie oder Wärmepumpen ersetzt.

Für den wichtigen Ausbau der Fernwärme, die bis 2040 klimaneutral sein soll, spielen vor allem die Hauseigentümer*innen und

Hausverwaltungen eine große Rolle. Denn am Anfang stehen oft eine zentrale Wärmeversorgung für das Gebäude und eine thermische Sanierung. Mieter*innen können sich an ihre Hausverwaltungen wenden und werden durch Beratungsangebote unterstützt.

„Raus aus Gas“ Meilensteine

VIER PIONIERGEBIETE FÜR FERNWÄRME

Der Ausbau der Fernwärme orientiert sich am Wiener Wärmeplan. Ausgebaut werden soll vor allem dort, wo der Wärmebedarf besonders hoch ist: in innerstädtischen, dicht bebauten Gebieten. In vier Pioniergebieten – Rossau (9.), Gumpendorfer Straße (6.), Alliiertenviertel (2.), und Huber-Block (16.) – wurde der flächendeckende Ausbau der Fernwärme pilotiert. In Gebieten, in denen die Fernwärme bereits vorhanden ist, wird je nach Nachfrage nachverdichtet.

FERNWÄRME SOLL BIS 2040 KLIMANEUTRAL WERDEN

Für eine klimaneutrale Stadt ist CO₂-freie Fernwärme unumgänglich. Durch den Ausbau von erneuerbaren Wärmequellen wie Geothermie, die Nutzung von Abwärme und Wärmepumpen werden bisher ungenutzte regional verfügbare Energiequellen erschlossen. Bis 2040 sollen sie die fossilen Energieträger schrittweise ersetzen.

Ende 2023 hat Wien Energie die damals leistungsstärkste Großwärmepumpe Europas in Betrieb genommen. Sie nutzt die Abwärme der Kläranlage ebswien – und deckt den Wärmebedarf von 56.000 durchschnittlichen Wiener Haushalten. Eine weitere Großwärmepumpe beim Kraftwerk Simmering versorgt bereits seit 2019 rund 25.000 Haushalte. Derzeit baut Wien Energie zusammen mit der OMV in dem Joint Venture deeeep in Aspern die erste Tiefengeothermie-Anlage Wiens. Ab 2028 soll sie 20.000 Haushalte mit Wärme versorgen.

INITIATIVE „100 PROJEKTE RAUS AUS GAS“

Die Initiative „100 Projekte Raus aus Gas“ holt Projekte vor den Vorhang, die zeigen, wie der Umstieg von Gas auf erneuerbare Heizsysteme gelingt – in der ganzen Stadt, von A-Z. Im Fokus stehen dabei mehrgeschoßige Wohngebäude, die ohne Fernwärme umgerüstet wurden.
wien.gv.at/umwelt/100-projekte-raus-aus-gas

„Das Thema Dekarbonisierung ist längst kein reines 'Klimathema' mehr. Wir reden hier auch stark von einem Wirtschaftsthema. Durch Investitionen in die lokale Wirtschaft – denn jede Wärmepumpe kostet nicht nur Geld, sondern stärkt auch regionale Unternehmen – schaffen wir die Grundlage dafür, dass wir in den kommenden Jahren und Jahrzehnten das Heizen unserer Wohnungen und Häuser finanziell bewältigen können.“

Jürgen Czernohorszky, Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal





*„Leistbares und hochqualitatives Wohnen ist ein Grundprinzip des weltweit bekannten Wiener Wohnbaumodells. Mit dem Programm ‚Raus aus Gas‘ setzen wir einen weiteren entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Klimaneutralität unserer Stadt, um auch in Zukunft ein gutes Leben für alle Wienerinnen und Wiener zu sichern. Denn Wien ist nicht nur die Hauptstadt des sozialen Wohnbaus, sondern auch des innovativen Wohnbaus. Wichtig ist mir dabei, den Weg gemeinsam mit den Bewohner*innen zu gehen.“*

Kathrin Gaál, Vizebürgermeisterin und Wohnbaustadträtin

NACHHALTIGE SANIERUNG IM GEMEINDEBAU

Wiener Wohnen treibt den Umstieg auf nachhaltige Heizsysteme im Gemeindebau voran und trägt mit einer Vielzahl von Maßnahmen zum Klimaschutz und zum Erreichen der Klimaziele bei – sowohl bei der Sanierung von bestehenden Wohnhausanlagen als auch bei der Errichtung von neuen Wohngebäuden und nicht zuletzt bei der Beratung und Begleitung von Mieter*innen auf dem Weg zur klimafreundlichen Energieversorgung. Die größte Unterstützung für die Energiewende ist es, den Energiebedarf und Energieverluste durch umfassende thermische Sanierung zu senken. Insgesamt befinden sich aktuell 90 Sanierungsprojekte mit Investitionen von 960 Millionen Euro in der Bauphase, das betrifft rund 12.000 Gemeindewohnungen in ganz Wien.

BERATUNGSANGEBOT UND FÖRDERUNGEN

Die Stadt Wien bietet umfassende Beratungen für Eigentümer*innen,

Mieter*innen und Unternehmen. Im November 2025 fanden erstmals die „Raus aus Gas“-Tage statt, die über die zahlreichen Angebote an Beratung und Austausch informieren. Die „Raus aus Gas“-Tour macht an unterschiedlichen Plätzen der Stadt Station und im 6. Bezirk gibt es unter dem Titel „Raus aus Gas lokal“ ein Beratungsangebot, das von der Gebietsbetreuung Stadterneuerung und der „Hauskunft“ im Amtsgebäude der Bezirksvorstehung durchgeführt wird. Darüber hinaus bietet die Klima- und Innovationsagentur Wien Vernetzungsangebote und Beratungsworkshops für Dienstleister*innen.

Das Förderangebot für thermische Sanierungen und Heizungsumstellung ist ebenfalls vielfältig. Bereits die Erstellung von Sanierungskonzepten wird gefördert. Förderungen können – je nach Verfügbarkeit – auch kombiniert werden. Im Zuge von Beratungen kann individuell auf Fördermöglichkeiten verwiesen werden. Informationen zu Förderungen: wien.gv.at/umwelt/foerderungen-raus-aus-gas



„Das Programm ‚Raus aus Gas‘ ist der entscheidende Schritt, um unabhängig zu werden und damit leistbare Preise für die Wienerinnen und Wiener zu sichern. Die Stadt Wien arbeitet mit Hochdruck an der Energiewende. Wir haben vor kurzem einen weiteren Meilenstein gesetzt mit dem Ausbau von Windkraft und Sonnenstromanlagen, wodurch wir bis 2030 alle Wiener Haushalte mit Ökostrom versorgen können. Das ist ein historischer Schritt. Je mehr Strom wir regional erzeugen, desto besser ist es fürs Geldbörsel. Denn nur so kommen wir raus aus der Abhängigkeit von Gas und sichern langfristig stabile, leistbare Preise für alle Wienerinnen und Wiener. Gleichzeitig dienen die massiven Investitionen als Wirtschaftsmotor und sichern zudem 10.000 Arbeitsplätze.“

Ulli Sima, Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke

Kommunale Wärmeplanung und Gasnetzstilllegungsplanung – Schlüssel zur Wärmewende in Städten

Erfahrungen aus Hannover, Winterthur und Maastricht

Unterschiedliche nationale Rahmenbedingungen und konkrete lokale Erfahrungen in Europa zeigen, wie vielfältig die Strategien

zur kommunalen Wärmeplanung und zur Gasnetzstilllegung bzw. wie ähnlich die kritischen Erfolgsfaktoren sein können.



EU-GASBINNENMARKT- RICHTLINIE

In der Diskussionsrunde mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wien, Hannover, Maastricht und Winterthur stand zunächst die offiziell bis August 2026 anstehende Umsetzung der EU-Gasbinnenmarktrichtlinie im Mittelpunkt. Diese sieht die Möglichkeit für die Mitgliedstaaten vor, Netzbetreiber mit der Erstellung von Gasnetzstilllegungsplänen zu beauftragen.

In Österreich besteht aktuell jedoch in Österreich noch eine allgemeine Gasanschlusspflicht, die koordinierte Stilllegungen erschwert. Auch in Deutschland ist ein aktives Abtrennen von Kunden – anders als in Winterthur in der Schweiz – gesetzlich noch nicht möglich. Neben den rechtlichen Grundlagen sind auch in der Praxis zahlreiche Schritte notwendig – insbesondere eine frühzeitige und klare Kommunikation mit der Bevölkerung.





„Die größte Herausforderung für die Dekarbonisierung sind die Gebäude, die bereits bestehen – 90 % der Gebäude, die 2040 klimaneutral sein sollen, gibt es bereits jetzt. Das heißt, wir müssen das Tempo erhöhen und neue Möglichkeiten schaffen. Dafür brauchen wir neben technischen Lösungen vor allem auch klare gesetzliche Spielregeln auf EU- und auf Bundesebene.“

Selma Arapovic, Klubobfrau, NEOS



AKZEPTANZ VON VORGABEN DURCH TRANSPARENTE KOMMUNIKATION

Erfahrungen zeigen, wie stark Akzeptanzprozesse den Erfolg bestimmen. In Winterthur beruhigte sich die anfängliche Aufregung über das Verbot neuer Gasheizungen rasch, verstärkt durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Seither verläuft der Umstieg auf Wärmepumpen stabil und gesellschaftlich breit akzeptiert.

Hannover berichtete, dass auch der mittlerweile geltende Anschluss- und Benutzungszwang in Fernwärmegebieten inzwischen positiv gesehen wird und zunehmend als „Recht auf“ Versorgung verstanden wird. Gleichzeitig verdeutlichen Beispiele aus Deutschland und den Niederlanden, dass politische Unsicherheiten – etwa zurückgezogene oder umstrittene Gesetzesreformen – die Transformation bremsen können. Entscheidend bleibt daher

eine transparente Planung und kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Energieversorgern, Verwaltung und Bevölkerung.

VORTEILE ERKENNBAR MACHEN, DIALOG ERMÖGLICHEN

Mehrere Beiträge unterstrichen, dass die Wärmewende für Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sein muss und konkrete Vorteile bieten sollte. Beteiligungsformate wie Bürger*innenräte, wie sie in Winterthur erfolgreich eingesetzt werden, können politische Akzeptanz stärken. Für Wien wurde hervorgehoben, dass ähnliche Formate helfen könnten, verbindliche Entscheidungen vorzubereiten und Vertrauen zu schaffen. Insgesamt sind greifbare Praxisbeispiele, klare Finanzierungs-lösungen und ein offener Dialog zentrale Erfolgsfaktoren.



„Das Programm 'Raus aus Gas' ist ein wichtiger Baustein für ein energieunabhängiges Wien. Wir sind sehr froh, in Wien über eine so starke Daseinsvorsorge zu verfügen – mit Wien Energie und den Stadtwerken als zentralen Säulen. Dadurch haben wir einen enormen Hebel in der Hand, um die Energiewende kraftvoll voranzutreiben.“

*Josef Taucher, Klubvorsitzender und
Energiesprecher, SPÖ*



FINANZIELLE FÖRDERUNGEN ALS MOTOR FÜR VERÄNDE- RUNG

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion war die Finanzierung. Maastricht setzt auf den Austausch von Heizungen zu natürlichen Erneuerungszeitpunkten und kombiniert dies mit Zuschüssen für thermische Sanierungen und günstigen Krediten. Winterthur nutzt verkürzte Abschreibungsdauern und Restwertentschädigungen, um die finanzielle Last einer Gasnetzstilllegung auf mehrere Jahre zu verteilen. Hannover finanziert den Ausbau von Fernwärme- und Netzinfrastruktur über erhebliche staatliche Förderungen, Eigen- und Fremdmittel der Stadtwerke sowie via ein Gesellschafterdarlehen der Stadt, um Haushalte nicht übermäßig zu belasten. Gleichzeitig besteht dort ein Anschlussrecht an die Fernwärme mit Ausnahmen für kleine Gebäude oder 100 % erneuerbare Einzellösungen – praktisch macht davon jedoch kaum jemand Gebrauch.

KOSTENVERTEILUNG BEI GASNETZSTILLEGUNGEN

Bei der Kostenverteilung von Gasnetzstilllegungen berichteten Hannover und Winterthur von vorzeitigen Abschreibungen, Rückstellungen und einer gezielten Verteilung der Kosten auf alle Netznutzer*innen. Der „KANU 2.0“-Beschluss in Deutschland ermöglicht Abschreibungen bis 2040, was kurzfristig zu höheren Netzentgelten führt, die Belastung jedoch langfristig glättet. Ähnliche Modelle werden in der Schweiz genutzt, wo Rücklagen aus der früheren Gasversorgung eine sozial ausgewogene Kostenabfederung erlauben.

Auch die Kraftwerksstrategien der Städte spiegeln unterschiedliche nationale Rahmenbedingungen wider: Die Schweiz baut auf Wasserkraft, Photovoltaik und bestehende Atomkraftwerke; die Niederlande verfügen über Atomkraft und Gaskraftwerke, nutzen jedoch Windstrom teils wegen Netzengpässen nicht vollständig;

Deutschland steigt aus Kohle und Kernkraft aus und plant neue Gaskraftwerke als Reserve, wobei über die Höhe der staatlich subventionierten Gaskapazitäten diskutiert wird. Das Kernargument: Eine engere europäische Netzverknüpfung könnte hier effizientere Lösungen bieten.

Fazit: Der Erfolg der Wärmewende hängt maßgeblich von rechtlicher Klarheit, sozial gerechter Finanzierung und aktiver Bürgerbeteiligung ab. Wo diese Voraussetzungen erfüllt sind, gelingt der Ausstieg aus Gas schneller, koordinierter und damit effizienter und mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung.

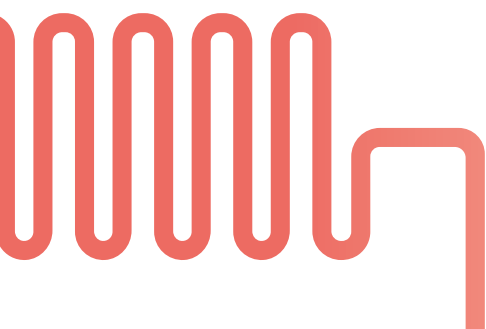


Erfahrungen aus den Niederlanden, der Schweiz und Deutschland

Die Wärmewende aus Perspektive von Maastricht, Winterthur und Hannover

Drei Städte – Maastricht, Winterthur und Hannover – zeigen aus unterschiedlichen Perspektiven, wie der Ausstieg aus Gas auf lokaler Ebene vorbereitet und umgesetzt wird. Die Beispiele

verdeutlichen, welche politischen Entscheidungen, gesetzlichen Rahmenbedingungen und praktischen Schritte für eine erfolgreiche Wärmewende entscheidend sind.



Maastricht

„What our national laws really offer is clarity and consistency for implementation, empowering municipalities with the tools and mandate needed to drive the energy transition.“

Coco Caroline Hennissen, Referentin für die Energiewende bei der Stadt Maastricht



In Maastricht sind derzeit noch rund 90 % der Gebäude gasbeheizt; es bestehen erst zwei kleine Wärmenetze. Der Gasausstieg wird durch den Klimaschutz vorangetrieben, noch stärker aber durch das weitgehend erschöpfte ehemalige Großgasfeld in Groningen, das zudem regelmäßig Erdbeben verursacht hat – und politischen Druck erzeugt. Hinzu kommt die Energiekrise, die durch die Einstellung der russischen Gasimporte ausgelöst wurde.

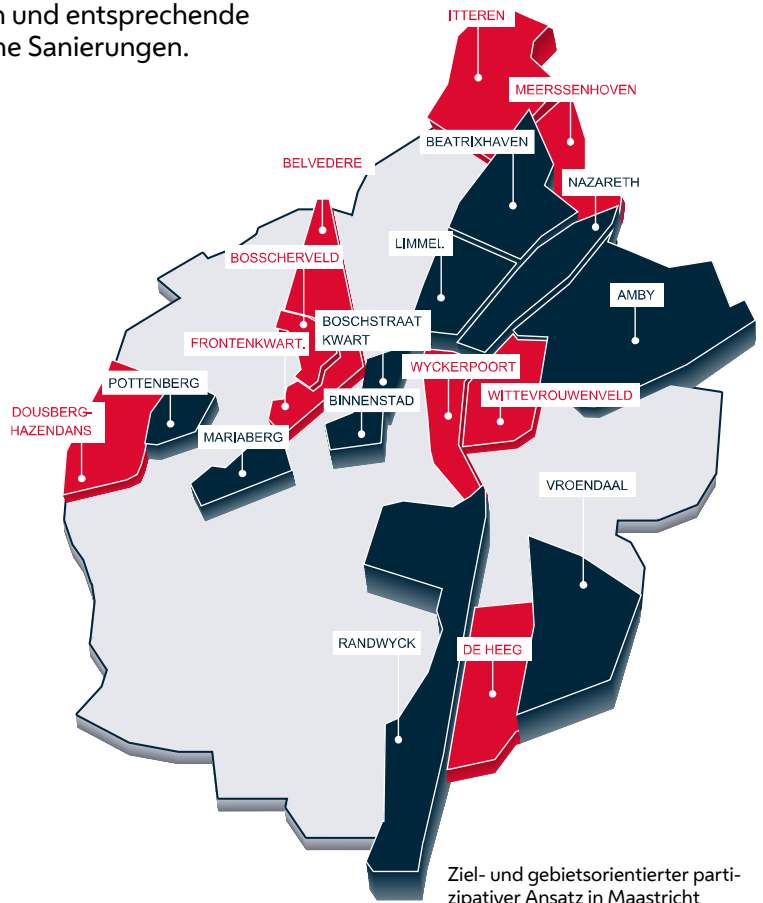
Ein nationales Gesetz wird es den Gemeinden ermöglichen, Ausstiegsszonen festzulegen und ein Gasausstiegsdatum (2050 oder früher) zu bestimmen. Ein weiteres verabschiedetes (aber noch nicht in Kraft getretenes) Gesetz soll sicherstellen, dass künftig 50 % der Wärmenetze unter öffentlicher Kontrolle stehen, um faire Preise zu garantieren.

Die Maastrichter „Transition Vision Heat and Energy“ betrachtet das Energiesystem ganzheitlich – Wärme, Strom und Wasserstoff – und bezieht Gebäude, Industrie und Mobilität ein.

Die Stadt verfolgt grundsätzlich einen ziel- und gebietsorientierten Ansatz: In insgesamt 44 Stadtteilen werden bis 2030 partizipative Prozesse gestartet, um gemeinsam mit Bewohner*innen und Unternehmen dekarbonisierte Wärmeverversorgungsalternativen zu eruieren und Pläne für den Ausstieg aus der Gasversorgung zu entwickeln.

Das niederländische Stromnetz ist aufgrund der fortschreitenden Elektrifizierung bereits stark überlastet. Der bis 2040 geplante Aus- und Neubau erfordert enorme Investitionen sowie große Flächen. Aufgrund der gegenwärtigen Stromnetzengpässe gewinnt die dezentrale Wärme- und Energieversorgung zunehmend an Bedeutung. Mehrere Stadtgebiete wurden daher bereits für künftige Wärmenetze identifiziert. Im dichten historischen Zentrum sind Wärmenetze allerdings kaum realisierbar – dort setzt man künftig auf kollektive elektrische Lösungen und entsprechende thermische Sanierungen.

Wasserstoff und grünes Gas bleiben als Optionen, sind aber knapp und künftig vermutlich nur in sehr limitiertem Ausmaß verfügbar. Da einige industrielle Prozesse nicht vollständig elektrifiziert werden können, hat die Industrie bei der Nutzung von grünem Gas und Wasserstoff Vorrang.



Winterthur

„Letztlich sparen wir mit einer vorausschauenden Planung mehr Geld, als wir durch den forcierten Rückgang auszahlen müssen.“

Urs Buchs, Stadtwerk Winterthur, Leiter des Bereichs Technik Gas und Wasser



Die Bevölkerung der Stadt Winterthur hat 2021 mehrheitlich (über 60 %) für Netto-Null bis 2040 gestimmt. Seit 2022 verbietet ein kantonales Energiegesetz (abgesehen von sehr seltenen Ausnahmen) den Ersatz oder Neubau von Gas- und Ölheizungen.

Mit dem kantonalen Energiegesetz wurde ein klares Phase-out von Gasheizungen definiert: Wenn keine neuen Heizungen mehr installiert werden dürfen, werden in 20 Jahren kaum mehr Kunden am Gasnetz hängen. Das Stadtwerk Winterthur geht daher den Ausstieg aktiv und planvoll an.

Ein wichtiges Grundlagenpapier war ein gemeinsames Projekt mit Energieverbänden, Forschung und Städtevertretern. Die Erkenntnis: Selbst optimistisch reichen

erneuerbare Gase künftig nur für etwa 30 % des bisherigen Gasverbrauchs – und sollten prioritär in Industrie-Hochtemperaturprozessen eingesetzt werden. Konsequenz: Der Gasrückzug muss früh beginnen.

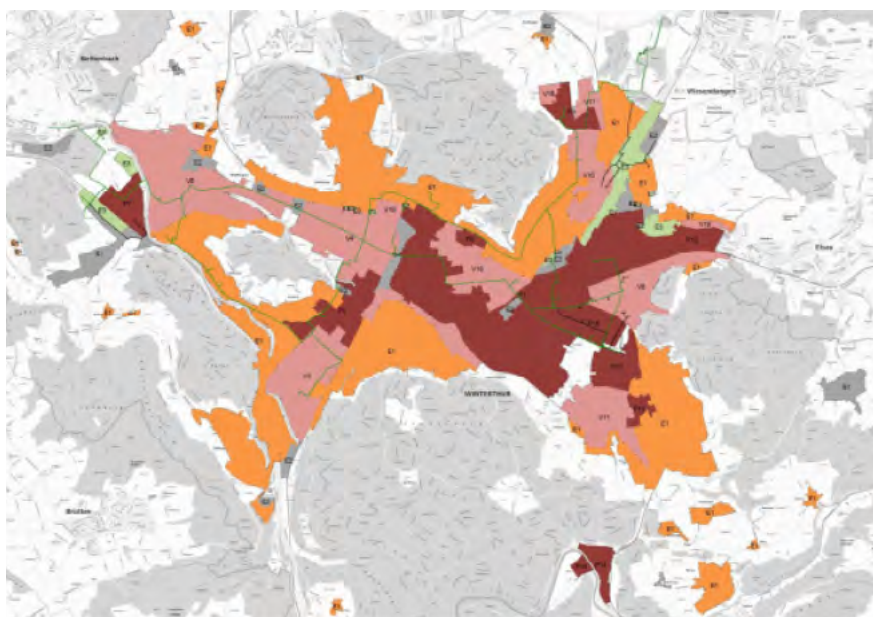
Eine Rechtsgrundlage hierfür wurde bereits 2013 geschaffen und erlaubt explizit, Netzgebiete stillzulegen, basierend auf Energieplanung und Wirtschaftlichkeit. Die formale Kündigungsfrist beträgt zwei Jahre; in der Praxis bestehen aber zehn Jahre Vorlauf.

Nach der Volksabstimmung 2021 wurde mit einer kommunalen Verordnung festgelegt, dass für ab 1. Januar 2022 neu installierte Gasheizungen keine Restwertentschädigung (20 Jahre in Winterthur, 15 Jahre in Zürich) mehr be-

zahlt wird – um „Schlussverkäufe“ von Gasheizungen zu verhindern. Für ein erstes Pilotgebiet wurde bereits 2016 die Stilllegung angekündigt, damals allerdings noch ohne sich auf das neue kantonale Energiegesetz und die Netto-Null Abstimmung stützen zu können. Die Stilllegung erfolgt per Ende 2026.

Die aktualisierte Energieplanung basiert auf dem Netto-Null-Ziel 2040 und einem Zwischenziel für 2033. Drei Gebiete werden ausgewiesen: In bestehenden Wärmeverbund-Gebieten (= Prioritätsgebiete) erfolgt eine Stilllegung des Gasnetzes bis 2030. In Eignungsgebieten für Wärmepumpen erfolgt eine Stilllegung bis Ende 2033. In Vorgesehenen Wärmeverbund-Gebieten ist eine Stilllegung bis Ende 2040 vorgesehen. Keine Stilllegung wird in Industriezonen erfolgen. Gas soll künftig außerdem zur Spitzendeckung für thermische Netze eingesetzt werden, soll spätestens ab 2040 allerdings zu 100 % grünes Gas sein.

Leitungen werden aktuell aus Kostengründen nur mehr im Haus abgetrennt. Ein Straßenzug bzw. ein ganzes Quartier wird erst dann stillgelegt, wenn niemand mehr Gas bezieht. Die Gasleitungen bleiben nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus aber grundsätzlich im Boden.



Gasnetzstilllegung in Winterthur bis 2040

Hannover

„Fernwärme gilt branchenweit als ideale Wärmelösung in dicht besiedelten Gebieten. Wir investieren daher 1 Milliarde Euro in das Fernwärmenetz, um Hausanschlüsse zu vervielfachen und neue Erzeuger anzubinden.“

Niklas Wehbring, Leiter Strategisches Assetmanagement bei enercity AG (ehem. Stadtwerke Hannover)



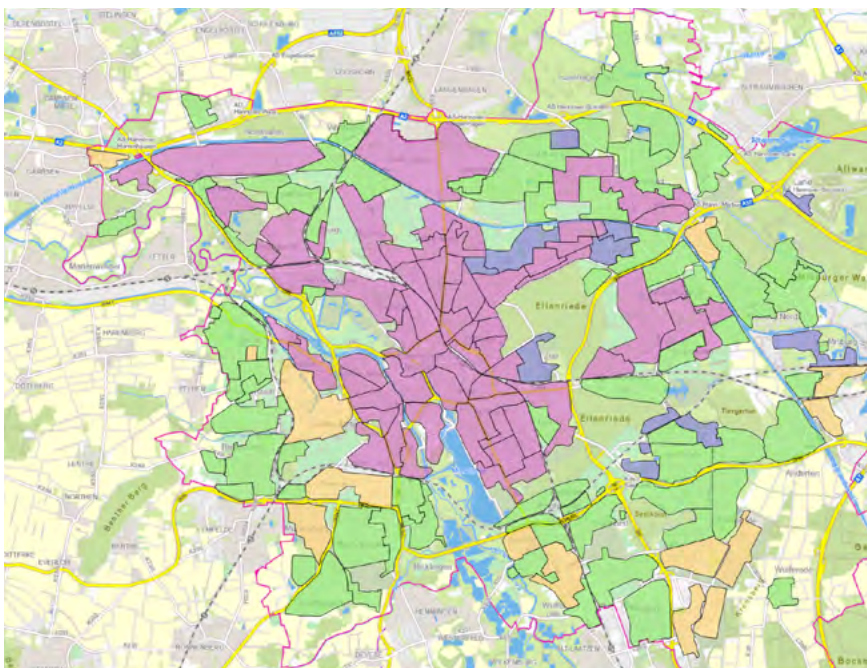
Alle deutschen Kommunen müssen bis 2028 eine kommunale Wärmeplanung vorlegen; für Großstädte gilt die Frist bereits Mitte 2026. Hannover hat seinen Plan vorgezogen. Er gibt Empfehlungen auf Gebäudeebene, welche Wärmeversorgung aus betriebs- und volkswirtschaftlicher Sicht am sinnvollsten ist. Rechtlich bindend ist der Plan nicht, bietet aber eine klare Orientierung für Bürgerinnen und Bürger.

Innerhalb der Innenstadt wird Fernwärme empfohlen, in den Randgebieten sollen dezentrale Wärmepumpen eingesetzt werden. Zudem werden kleinere Nahwärmenetze vorgesehen. Hannover folgt damit der Faustregel: Zwei Drittel der Wärmever-

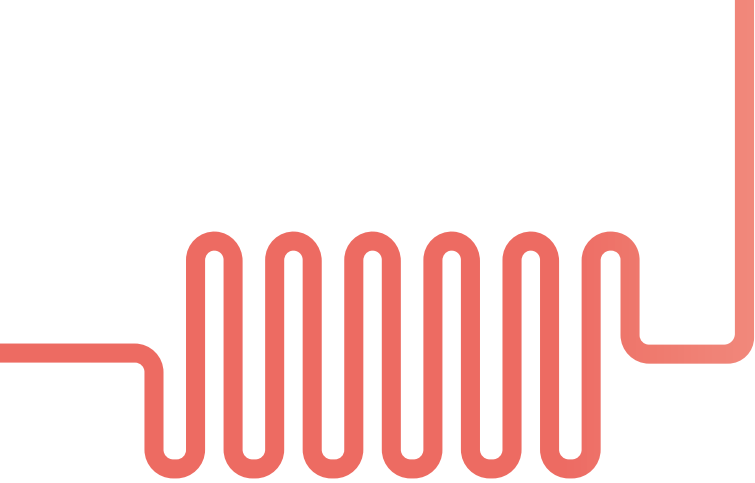
sorgung über Netze, ein Drittel über dezentrale Wärmepumpen. Für Wasserstoff gibt es für private Haushalte kein vorgesehenes Versorgungsgebiet.

Daraus ergibt sich folgender Stilllegungspfad: In den Fernwärmegebieten (ca. 30 % der Gasnetzsubstanz) wird das Fernwärmenetz ausgebaut, während das Gasnetz schrittweise stillgelegt wird. Außerhalb dieser Gebiete (70 % der Netzsubstanz) erfolgt der Umstieg auf Wärmepumpen, parallel dazu wird das Stromnetz ausgebaut. Für die Industrie werden individuelle Lösungen entwickelt, einschließlich möglicher Wasserstoffnutzung.

Derzeit sind rund 3.800 Gebäude an das Fernwärmenetz angeschlossen. Bis 2040 sollen es 18.000 sein, die Trassenlänge soll sich grob verdoppeln. Das erfordert eine Verzwanzigfachung der bisherigen Bauleistung: von früher 50 auf künftig bis zu 1.300 Anschlüsse pro Jahr. Der Hochlauf läuft bereits: Aktuell werden etwa 200 Neuanschlüsse pro Jahr realisiert.



Wärmeplanung Hannover 2025



Parallel dazu wird die Erzeugung dekarbonisiert: Bis März 2026 wird die erste Hälfte des Kohlekraftwerks stillgelegt, die zweite Hälfte wird ab 2028 in Reserve gestellt. Damit ist bereits rund die Hälfte der Fernwärmeabdeckung klimaneutral. Erste Ersatzanlagen wurden bereits errichtet, darunter ein Biomasse-Heizkraftwerk mit Rauchgaswärmepumpe, eine Klärschlammverbrennung sowie ein Biomethan-BHKW mit hoher Flexibilität. Zukünftig sind weitere Anlagen geplant, darunter Großwärmepumpen, Tiefengeothermie und eine effizientere Wärmenutzung aus Abfallverwertung. Dieses Portfolio trägt auch zur Unabhängigkeit von Energiepreisen bei. Ab 2035 ist geplant, das verbleibende Gaskraftwerk auf Wasserstoff umzustellen, sofern dies wirtschaftlich möglich ist.

In der Praxis kann das Gasnetz nicht sofort stillgelegt werden. Ähnlich wie in Winterthur werden Gas-Hausanschlüsse zunächst dort abgeschaltet, wo kein Gas mehr benötigt wird. Die Versorgungsleitungen in den Straßen bleiben so lange in Betrieb, bis der letzte Kunde umgestellt hat.

Derzeit werden kaum noch Investitionen in das Gasnetz Hannovers getätigt, da die Infrastruktur mittelfristig aufgegeben werden soll. Eine doppelte Versorgung wird als ineffizient angesehen: Wo Fernwärme verfügbar ist, soll diese genutzt werden; wo das Stromnetz ausgebaut wird, kommen Wärme-

pumpen zum Einsatz, nicht jedoch Gas parallel dazu.

Der Großteil des Gasnetzes soll stillgelegt werden. Einzelne Leitungsstränge werden ab 2035 für Kraftwerke, Speicher und die Industrie auf Wasserstoff umgestellt. Bis 2040 bleibt die Erdgasversorgung allerdings gesichert; danach erfolgt die endgültige Stilllegung im Einklang mit den gesetzlichen Anforderungen.

Aktuell gibt es noch kein Recht, Gasanschlüsse zu kündigen. Dies soll sich jedoch voraussichtlich im kommenden Jahr mit der Umsetzung der EU-Gasbinnenmarktrichtlinie ändern. Erwartet wird eine Ankündigungsfrist von zehn Jahren, wie sie auch in der Schweiz gilt.

Prognosen zu Gasnetzentgelten (voraussichtliche Verdreifachung bis 2035) und CO₂-Preisen deuten auf steigende Endkundenpreise hin. Damit erwartet man sich einen zusätzlichen Boom nicht zuletzt bei Wärmepumpen aus wirtschaftlichen Gründen.

Wien

„Die Wärmeplanung einer Stadt wie Wien ist im Grunde niemals abgeschlossen – es gibt noch zahlreiche Schritte, die bis zur Umsetzung gegangen werden müssen. Besonders im Bereich gemeinsamer bzw. lokaler Wärme brauchen wir noch Geschäftsmodelle und soziale Lösungen. Aber wir haben mit den 100 Vorzeigeprojekten bereits heute gezeigt, dass „Raus aus Gas“ möglich ist.“

Herbert Ritter, zwischenzeitliche Abteilungsleitung der Abteilung Energieplanung

Die Wiener Energieraumplanung begann vor rund zehn Jahren mit EU-Projekten („Urban Learning“, „Smarter Together“, „Decarb City Pipes“ und diversen nationalen Projekten), die Know-how und Datengrundlagen für eine fundierte Planung bereitstellten. In den Jahren 2018 und 2019 entstand das Fachkonzept „Energieraumplanung“, das die Wärmeplanung auf die Stadt herunterbrach.

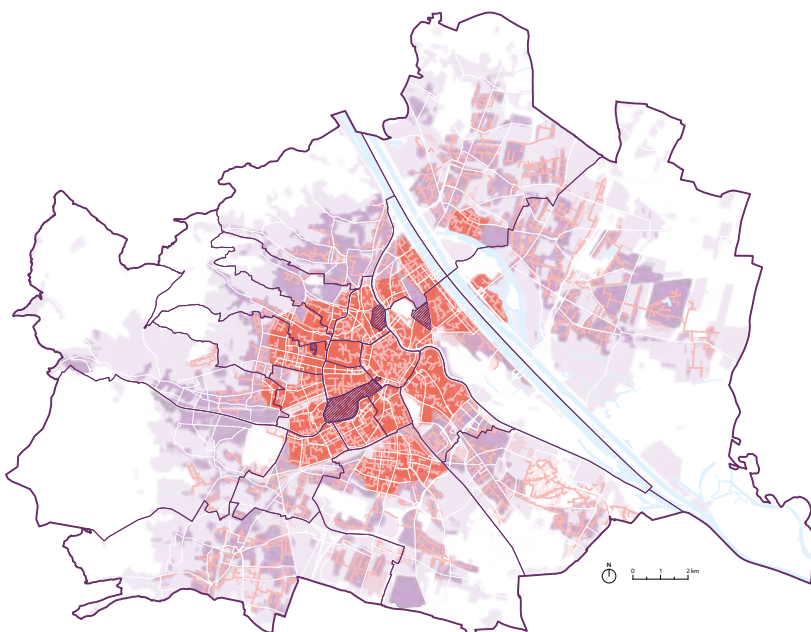
Ab 2018/2019 wurden gesetzliche Grundlagen für bezirksweise Energieraumpläne geschaffen, die für Neubauten verbindliche fossilfreie Lösungen vorgeben. Die Energieraumpläne sind parzellenscharf, EU-notifiziert und in der Bauordnung verankert. Sie wurden in den Jahren 2020 bis 2023 rechtskräftig umgesetzt. Das österreichweite Erneuerbare-Wärme-Gesetz



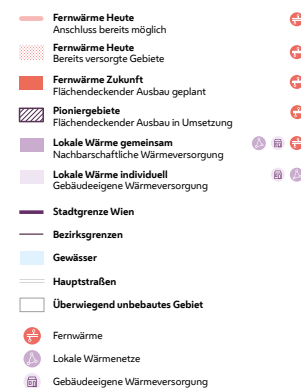
(= Gasverbot im Neubau) ergänzt sie, jedoch ohne verpflichtende Austauschfristen für Bestandsgebäude.

2023 folgte das Konzept „Raus aus Gas - Wiener Wärme & Kälte 2040“. Im Herbst 2022 wurde das hierzu korrespondierende Umsetzungsprogramm „Raus aus Gas“ implementiert.

Der Wiener Wärmeplan 2040 wurde als Zielbild für die Wärmeversorgung 2040 in Wien im Frühjahr 2024 veröffentlicht und gibt Orientierung zur Dekarbonisierung: Er zeigt, wo Fernwärme bereits besteht bzw. auch künftig verfügbar gemacht werden soll bzw. wo lokale Netze oder – nicht zuletzt in Abhängigkeit zur Energiebedarfsdichte – individuelle Lösungen die beste Option sind. Der Wiener Wärmeplan 2040 ist nicht verpflichtend. Die Fernwärme gilt als zentrales Dekarbonisierungsinstrument für Wien.



Der Wiener Wärmeplan: Zielbild für die Wärmeversorgung 2040 (Frühjahr 2024)



Fachdaten: Stadt Wien – Energieplanung (MA 20),
Wien Energie, Wiener Netze
Grundkarte: Stadt Wien – data.wien.gv.at

Im Zuge der Veröffentlichung des Wiener Wärmeplans 2040 und der Aktivitäten des „Raus aus Gas“-Programms wurden sowohl die Datengrundlagen stetig erweitert, wie z.B. der GeothermieAtlas als Kooperationsprojekt zwischen der Abteilung Energieplanung der Stadt Wien (MA 20) und der GeoSphere-Austria, als auch das Beratungsangebot in der Klima- und Innovationsagentur Wien (UIV) und Hauskunft in Bezug auf die Ziele des Wiener Wärmeplans 2040 ausgebaut

Der Rechtsrahmen in Österreich sieht aktuell für den Neubau ein Gas- und Ölheizungsverbot vor. Im Bestand gibt es aktuell keine

Umstellungsverpflichtung. Die Wiener Bauordnung schreibt jedoch vor, dass bei Neu-, Zu- und Umbauten hocheffiziente alternative Systeme eingesetzt/geprüft werden müssen. 2026 gilt es zahlreiche EU-Vorgaben (Gebäude-RL, Energieeffizienz-RL, Erneuerbaren-RL, Gasbinnenmarktrichtlinie) in Bundes- bzw. Landesrecht umzusetzen, was wesentliche Implikationen für Raus aus Gas mitbringen könnte.

Zentral für das Gelingen der Wärmewende sind Bundesgesetze, u. a. notwendige Anpassungen im Miet-, Wohnungseigentums- und Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht sowie im Gaswirtschaftsgesetz (insbesondere die Ermöglichung einer Gasnetzstilllegung, Abgang von der Gasanschlusspflicht des Netzbetreibers). Sämtliche Erfordernisse für „Raus aus Gas“ wurden 2025 im Bundesregierungsübereinkommen gelistet. Erhofft wird nun eine umfassende und entsprechend zeitnahe Umsetzung.



Initiative „100 Projekte Raus aus Gas“ in Wien

Ziel dieser Initiative war es, bis Ende 2025 100 Dekarbonisierungsprojekte im mehrgeschossigen Wohnbau vor den Vorhang zu holen. Sie zeigen, wie der Ausstieg aus fossilem Gas abseits einer Fernwärmeversorgung gelingen kann. Die Initiative umfasst aktuell bereits 101 Objekte, die in einer Publikation vorgestellt werden. Darin werden die Herausforderungen, Erfolgsfaktoren und eingesetzten Technologien der Projekte dokumentiert. Viele Objekte können Heizung, Warmwasser und Kühlung auf erneuerbarer Basis betreiben, fast alle verfügen über Photovoltaikanlagen, und zahlreiche Gasgeräte konnten aus den Wohnungen entfernt werden. Von Anfang an war die Replizierbarkeit ein zentraler Aspekt der Initiative: Die Erfahrungen aus den Projekten können so auch auf weitere Gebäude in Wien übertragen werden.



„In den ersten drei Programmjahren von 'Raus aus Gas' wurde viel erreicht und geschaffen: So wurde die Bauordnung novelliert und eine Sanierungs- und Dekarbonisierungs-Verordnung auf den Weg gebracht, wodurch sich die Förderlandschaft in Wien zunehmend an Dekarbonisierungsvorhaben ausrichtet. Zudem wurden zahlreiche Beratungsinstrumente und Einrichtungen geschaffen.“

Bernhard Jarolim, Stadtbauamtsdirektor



Herausforderungen und Lösungsoptionen für „Raus aus Gas“ in Wien

Seit Herbst 2022 setzen zahlreiche Magistratsdienststellen und stadtnahe Unternehmen die Programminhalte gemeinsam um.

Diese umfassende Beteiligung verdeutlicht die große thematische Bandbreite des Programms. Aufgrund aktueller Rahmenbedingungen und in Anlehnung an das Wiener Regierungsabkommen 2025 sind zudem zahlreiche neue, programmrelevante Themen hinzugekommen.

Im Rahmen von elf Thementischen wurden wesentliche aktuelle und künftige Themenfelder in Kleingruppen intensiv diskutiert, bisherige Ergebnisse reflektiert und konkrete nächste Schritte festgelegt.

Fragen und Antworten aus der Diskussion im Überblick

WIE MACHEN WIR UNSERE GEBÄUDE FIT FÜR KÜNFTIGE SOMMER?

Die zunehmenden Sommertemperaturen machen eine intensive Befassung mit dem komplexen Thema der Gebäudekühlung unumgänglich. Während Neubauten, insbesondere im geförderten Wohnbau, bereits auf kombinierte Systeme zur Heizung und Kühlung setzen, die erneuerbare Energien nutzen, ist das Ziel die Übertragung dieser Systeme auf den Gebäudebestand. Damit soll der Wohnkomfort auch in den Sommermonaten gesichert werden, wobei viele der „100 Projekte“ bereits als erfolgreiche Beispiele dienen. Parallel dazu erarbeitet Wien eine Kältestrategie, um klare Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume für dieses Zukunftsfeld festzulegen. Ein außerdem wichtiges Thema: Was machen wir mit der Abwärme? Wo setzen wir diese sinnvoll ein?

ENTSCHEIDUNGSPROZESSE IN WOHNGEBÄUDEN

Entscheidungsprozesse innerhalb eines Wohnhauses sind oft komplex und nehmen viel Zeit in Anspruch. Zwar sind technische Lösungen vorhanden, doch die Umsetzung scheitert häufig an unterschiedlichen Interessen, Ängsten und Wissensdefiziten. Die zentrale Herausforderung liegt demnach nicht in der Technik selbst, sondern darin, alle Beteiligten zusammenzuführen und Sorgen abzubauen, ohne die Kooperationspartner zu überfordern. Kommunikation, gezielter Wissensaufbau und geförderte Beratungsangebote sind daher entscheidende Instrumente, um Eigentümer*innen und Hausverwaltungen effektiv zu unterstützen.



WÄRMENETZE: CHANCEN, HERAUSFORDERUNGEN UND RAHMENBEDINGUNGEN

Künftig wird Wien zahlreiche lokale Wärmenetze zusätzlich zur Fernwärme benötigen. Der Wiener Wärmeplan identifiziert ein Gebiet von etwa 15.000 bis 20.000 Gebäuden, das vermutlich den Aufbau tausender kleiner, dezentraler Netze erfordert, die auf lokale Energiequellen zurückgreifen. Der Erfolg dieser Netzentwicklungen hängt jedoch von klaren Rahmenbedingungen ab. Es ist anzunehmen, dass auch die öffentliche Hand hier eine Rolle spielen wird müssen. Die Frage der Marktliberalisierung versus Regulierung / Konzessionierung blieb offen; als entscheidend wird dennoch festgehalten, frühzeitig Strukturen zu schaffen, um Planbarkeit für Investitionen in den nächsten Jahren zu gewährleisten.

UNTERSTÜTZUNG VON UNTERNEHMEN BEI DER DEKARBONISIERUNG

Die Dekarbonisierung von Unternehmensprozessen stellt Betriebe vor vielfältige Herausforderungen. Großunternehmen verfügen – oft getrieben durch europäische Verpflichtungen wie die Nachhaltigkeitsberichterstattung – meist über die nötige Motivation und die internen Kapazitäten zur Umsetzung. Im Gegensatz dazu benötigen kleinere Betriebe intensive Unterstützung und klare Rahmenbedingungen. Die Photovoltaik hat sich dabei als wichtiger Einstiegspunkt erwiesen, da viele Unternehmen erstmals aktiv mit Energiefragen konfrontiert wurden und so die Diskussion über das Energiethema geöffnet haben.

UMSTIEG VON GAS AUF STROM IN WIENS GASTRONOMIE

Obwohl die Dekarbonisierung des Kochgases in der Gastronomie technisch machbar ist und durch Induktionsherde zahlreiche Vorteile wie weniger Hitze, leichtere Reinigung und höhere Sicherheit bietet, wird der Umstieg massiv durch hohe Investitionskosten und die Notwendigkeit der Aufrüstung der Stromanschlüsse (insbesondere in Gründerzeithäusern und Erdgeschosszonen) gebremst. Um den Wandel voranzutreiben, sind gezielte Förderungen (direkte Zuschüsse oder Steuerbegünstigungen), intensive Beratung, eine verbesserte Datengrundlage und effektive Kommunikationsstrategien unerlässlich.

FERNWÄRME DER ZUKUNFT MIT ERNEUERBAREN ENERGIEN

Die Fernwärme der Zukunft ist in Wien bereits Realität, was sich am Beispiel der ersten Tiefengeothermie-Bohrung in der Seestadt zeigt, die bald ins Fernwärmenetz einspeisen wird. Die Diskussion konzentrierte sich auf verschiedene erneuerbare Technologien (Geothermie, Großwärmepumpen, Solarthermie) sowie auf den notwendigen Netzausbau. Dabei wurden auch Standort- und Technologieentscheidungen erörtert und durch Einblicke aus dem Ausland (Deutschland, Ungarn) bereichert.

TEMPORÄRE ÜBERGANGSLÖSUNGEN FÜR DEFEKTE GASTHERMEN

Das vorgestellte „Pop-up-Heizungsmodell“ aus Hannover bietet eine interessante temporäre Übergangslösung: Bei Defekt einer Gasetagenheizung stellt der Netzbetreiber (in diesem Fall der Hannover Energieversorger „enercity“) eine gemietete Ersatzheizung für bis zu zehn Jahre bereit. Dieses Modell bindet die Nutzer nicht an eine spätere Fernwärmeabnahme, ist jedoch auf das Fernwärmegebiet beschränkt. Das Konzept fand großen Anklang und wird als prüfenswerte Option für die eigenen Überlegungen erachtet.

ERKENNTNISSE AUS ANDEREN STÄDTEN FÜR WIEN

Der europäische Vergleich (u.a. auch mit Mannheim und Augsburg) zeigt, dass das Vorankommen bei der Dekarbonisierung in Österreich aktuell stark durch den fehlenden ordnungsrechtlichen Rahmen eingeschränkt wird, wobei auch „Soft Law“ eine wesentliche Rolle spielen sollte. Aufbauend auf EU-Vorgaben (EED III, ETS) wird ein großes Potenzial in der Novellierung des Gaswirtschaftsgesetzes gesehen (insbesondere der Wegfall der Gasanschlusspflicht). Da die Wärmewende ein Querschnittsthema ist, sind neben einer gesetzlichen Basis (die auch Ausnahmen zulässt) auch Änderungen im Wohnrecht sowie stabile Förderungen für alle Akteure (Haushalte, Unternehmen, Netzbetreiber) erforderlich.

SPEICHERSYSTEME UND TECHNISCHE NEUERUNGEN

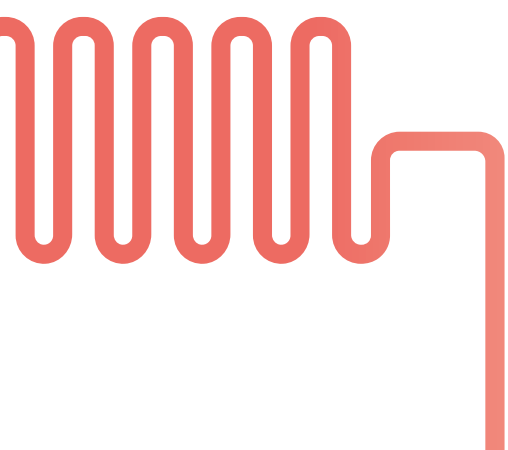
Der Bedarf an Speichertechnologien (thermisch, elektrisch, kurz- und langfristig) ist groß und nimmt weiter zu. Im Gebäudebereich existieren bereits zahlreiche Lösungen wie die thermische Bauteilaktivierung bzw. die Nutzung der Speichermasse des Gebäudes zum Ausgleich kurzfristiger Schwankungen. Auch Erdsonden oder das Grundwasser können bei Bestandsgebäuden als saisonaler Speicher dienen. Für die gesamte Stadt Wien ist die künftige Verteilung von Groß- und Kleinspeichern jedoch noch zu klären, was intensive Abstimmung zwischen den Netzen und den Energieversorgern erfordert.

DEKA-PILOTPROJEKTE VON WIENER WOHNEN

Wiener Wohnen nimmt als kommunaler Bauträger eine Vorbildfunktion ein und demonstriert mit Pilotprojekten die Machbarkeit der Dekarbonisierung. Die größten Chancen liegen in der Kombination mit thermischen Sanierungen, da dies oftmals die Fördersituation verbessert und meist die Beibehaltung bestehender Heizungsinstallationen ermöglicht. Als größte Herausforderungen gelten jedoch die fehlenden Rahmenbedingungen sowie die Kostenfrage („Wer zahlt das?“). Die Dekarbonisierung ist jedoch kein klassischer Investitionsfall mehr für Bauträger, sondern ist als Investition in die Zukunft zu verstehen.

AKTIVIERUNG UND ANSPRACHE DER MASSGEBLICHEN ZIELGRUPPEN

Der Erfolg der Dekarbonisierung hängt maßgeblich von der Auflösung des Dilemmas zwischen Eigentümern (Entscheidungsmacht) und Mietern (muss nicht zuletzt zustimmen) ab. Idealerweise kann in Folge eine Partnerschaft entstehen. Die erfolgreiche Involvement und Aktivierung wird damit vermutlich auch weiterhin kleinteilig (je Haus bzw. Stiege) und gezielt über Schlüsselpersonen bzw. Meinungsbildner im Haus erfolgen müssen. Eine Skalierung dieser Form der Ansprache über das Quartier („Grätzl“) hinaus wird aktuell jedoch als schwierig erachtet. Wünschenswert wäre jedenfalls, auch lokale Handwerksbetriebe noch stärker in den Informationsfluss einzubinden.





Was kommt aus EU-Vorgaben? EED / RED / EPBD / Gasmärktepaket

Energieeffizienzrichtlinie EED (Ziel: Reduktion des Energieverbrauchs in Gebäuden)
• Renovierungspflicht für öffentlich genutzte Gebäude
• Wärmeplanung für Städte und Gemeinden

Erneuerbaren-Richtlinie

Gebäuderichtlinie (EPBD) (Ziel: Dekarbonisierung des Gebäudesektors)
• Nationale Renovierungspläne, Nullmissionsgebäude (neue Gebäude ab 2030), Mindestanforderungen an Gebäuden

Gasbinnenmarkttrichtlinie

Pflicht zur Erstellung von Stilllegungsplänen für Gasnetzbetreiber, Beteiligung der Verbraucher an der Entscheidungsfindung

Fachbereichs Energie und Gas

Kostenoptimierte Wärmewende und Herausforderungen und Chancen abseits redundanter Energieinfrastruktur

Zukunftsfähige Gasnetze aus Sicht der Konsument*innen



**JOEL TÖLGYES,
ARBEITERKAMMER WIEN**

Der Vortrag beschäftigte sich unter anderem mit der grundlegenden Änderung der Gasnetz-nutzung in Österreich und den damit verbundenen ökonomischen, technischen und sozialen Herausforderungen.

Vom energetischen Gasendverbrauch entfallen aktuell 28 % auf Haushalte, 62 % auf den produzierenden Bereich, 8 % auf Dienstleistungen sowie rd. 2 % auf Verkehr und Landwirtschaft. Aktuelle Studien (u.a. von Frontier Economics im Auftrag des BMK) legen nahe, dass der Bedarf an erneuerbaren Gasen deutlich das künftige Angebot übersteigen wird. Dieses ökonomische Ungleichgewicht wird dazu führen, dass die Preise stark steigen werden. Die Nutzung von Gas wird somit immer teurer, und wird eine Fokussierung des Gaseinsatzes zur Folge haben (z. B. „hard to electrify“). Insbesondere in der Raumwärme wird Gas künftig kaum mehr Anwendung finden.

„Insbesondere in der direkten Raumwärme wird Gas künftig kaum mehr Anwendung finden. Wir müssen die Leute an der Hand nehmen und mit vorausschauendem politischem Handeln Wärmewende koordiniert und sozial verträglich erfolgt.“

Joel Tölgyes, Arbeiterkammer Wien, Abteilung Wirtschaftspolitik



Die erwartete starke Veränderung der Gasnetznutzung hat auch direkte Auswirkungen auf die Netzentgelte. Die Netzkosten setzen sich zusammen aus den Investitionen des Netzbetreibers (Ausbau, Instandhaltung, Betrieb) und werden durch die Anzahl an Netznutzer*innen dividiert. Bei gleichbleibenden Kapital- und Betriebskosten des Netzes und immer weniger werdenden Nutzer*innen ist mit einem Anstieg der Netzentgelte zu rechnen: In Österreich steigen die Netzentgelte 2026 bereits um über 18 %, nach 16 % im Jahr davor. Hinzu kommt aktuell, dass auch der Transit auf den Gasfernleitungen stark zurückgegangen ist, und damit der Anteil, den die heimischen Verbraucher tragen müssen, steigt.

Langfristig könnten die Entgelte bis 2040 aufgrund des Mengen- und Lastrückgangs im Gasnetz weiterhin drastisch steigen – es droht gar eine Verdreizehnfachung –, was insbesondere Haushalte mit eingeschränkten finanziellen Mitteln stark belasten

würde. Problematisch ist dies v.a. dann, wenn Nutzer*innen nicht selbst über den Heizungstausch entscheiden können, und genau diese Haushalte dann im Gasnetz „gefangen“ bleiben.

Um einer sich damit abbildenden „Hockeystick“-Kurve bei den Netzentgelten vorzubeugen, werden vier Handlungsfelder identifiziert:

- Attraktive Alternativen müssen geschaffen werden
- Für eine effiziente Transformation braucht es Klarheit durch Wärmeplanung und Gasnetzstilllegungsplanung sowie eine möglichst frühzeitige Kommunikation und Einbindungen von Betroffenen.
- „Stranded assets“ im Netz sollten dank einer vorausschauenden Planung möglichst vermieden oder verlagert bzw. fair verteilt werden (z.B. zeitliche Verteilung durch frühere Abschreibung, staatliche Kosten-

übernehmen, Sozialisierung von Anschlusskosten für Biogasanlagen abschaffen/reduzieren).

- Zudem gilt es, vulnerable Haushalte zu schützen, z. B. über eine direkte Netzfinanzierung (Deckelung der Netzentgelte) oder über gezielte Förderungen nach sozialer Bedürftigkeit. Hierzu braucht es auch eine klare Definition von Energiearmut im geplanten Energiearmutsgesetz.

Fazit

Der Gasverbrauchsrückgang bringt nicht zuletzt auch ökonomische und soziale Herausforderungen mit sich. Eine koordinierte, transparente Gasnetzstilllegungsplanung, frühzeitige Information und die Bereitstellung von attraktiven Alternativen sind entscheidend, um die Transformation sozialverträglich und wirtschaftlich effizient zu gestalten.

Zur Umsetzung der EU-Gasmarktrichtlinie

Aktueller Stand mit Fokus
auf Gasnetzstilllegungsplanung



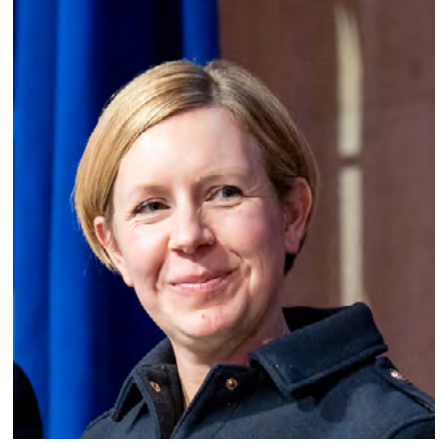
**KAROLINE NARODOSLAWSKY,
BUNDESMINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, ENERGIE UND
TOURISMUS (BMWET)**

Der Vortrag behandelt die Umsetzung des europäischen Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpakets in österreichisches Recht und fokussiert insbesondere auf die in der Gasbinnenmarkt-Richtlinie vorgesehene Stilllegungsplanung von Erdgasnetzen. Die Richtlinie ist Teil des europäischen Green Deal und verfolgt klare Dekarbonisierungsziele sowie die Unterstützung eines schrittweisen Ausstiegs aus fossilem Gas bis spätestens 2050.

Die Bestimmungen zur Gasnetzstilllegungsplanung finden sich auch im österreichischen Regierungsprogramm 2025 wieder und sollen im Rahmen einer Neufassung des Gaswirtschaftsgesetzes in österreichisches Recht umgesetzt werden. Die Stilllegungsplanung ist notwendig, weil verschiedene Rahmenbedingungen auf einen weiteren Rückgang der Gasnutzung hindeuten: In den letzten Jahren wurde bereits ein Rückgang der Zählpunkte und der abgegebenen Gasmengen in Österreich verzeichnet. Das

„Aus unserer Sicht ist die Gasnetzstilllegungsplanung eine sehr sinnvolle, bottom-up angelegte Ergänzung zu vielen anderen notwendigen Maßnahmen, um den geordneten Ausstieg aus fossilem Gas kosteneffizienter zu ermöglichen. Wir sehen dies als einen Puzzlestein im großen Gesamtbild.“

Karoline Narodoslawsky, Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus (BMWET)



führt bereits jetzt zu kontinuierlich steigenden Netzentgelten für Verbraucher*innen, da gleich bleibende Netzkosten von einer kleiner werdenden Gruppe getragen werden müssen. Darüber hinaus sehen wichtige gesetzliche Rahmenbedingungen, wie die EU-Gebäuderichtlinie, eine Dekarbonisierung in Gebäuden spätestens bis 2050 vor.

Das im Vortrag skizzierte Konzept zur Gasnetzstilllegungsplanung richtet sich primär an Verteilernetzbetreiber mit mehr als 45.000 Zählpunkten, wobei für kleinere Betreiber ein freiwilliges „Opt-in“ vorgesehen ist. Die Pläne sollen alle zwei Jahre aktualisiert werden, um Kohärenz mit anderen Planungsinstrumenten wie dem Nationaler Energie- und Klimaplan (NEKP), dem Österreichischen Netzinfrastukturplan (ÖNIP) sowie lokalen Wärme- und Kälteplänen herzustellen.

Der praktische Anreiz für den Netzbetreiber liegt in der Aufhebung der Anschlusspflicht. Mit der erlassenen Stilllegungsverordnung hat der Netzbetreiber künftig Neuanschlüsse zu verweigern und bestehende Anschlüsse nach Ablauf einer definierten Frist zu trennen.

Inhaltlich muss die Gasnetzstilllegungsplanung mehrere Punkte abdecken:

- Darstellung der Annahmen betreffend Erzeugung und Verbrauch von Erdgas im betroffenen Netzgebiet (Ausgangspunkt ist ein gemeinsamer Szenario-Rahmen).
- Grobe Darstellung der Alternativversorgung, sofern vorhanden Rücksichtnahme auf lokale Wärme- und Kältepläne.
- Darstellung von technisch sinnvoll stilllegbaren Netzbestandteilen.
- Gezielt sollen jene Teile des Gasnetzes identifiziert werden, deren Stilllegung die Netzentgelte dämpft (z.B. durch Vermeidung anstehender Reinvestitionen oder durch vorgezogene Abschreibungen).
- Die identifizierten Netzteile sind zählpunktscharf darzustellen.
- Es ist eine grobe Prüfung der Alternativen (z.B. „In dieser Straße liegt bereits das Fernwärmenetz“) erforderlich, aber keine detaillierte Prüfung für jeden einzelnen Netzanschluss.

- Empfehlungen zur Festlegung des Zeitpunkts, ab dem keine Neukunden mehr angeschlossen werden sollen, sowie zur Länge der Übergangszeit bis zur Trennung bestehender Anschlüsse.

Ein weiterer zentraler Punkt betrifft die Konsultation des Plans: Von einer potenziellen Stilllegung betroffene Kund*innen sind persönlich zu informieren, ebenso Interessensvertreter*innen von Konsument*innen. Vorgesehen ist zudem die Einrichtung von Anlauf- und Beratungsstellen auf Länderebene.

Die zuständige Behörde soll – so der aktuelle Entwurf – aus Effizienz- und Kompetenzgründen bei den Landeshauptleuten angesiedelt werden. Eventuell fehlende regulatorische Informationen sind durch die E-Control bereitzustellen.

Fazit

Die Stilllegungsplanung ist ein Planungsinstrument, das Netzbetreiber bei der geordneten Reduzierung von Erdgasanschlüssen unterstützt. Damit können wirtschaftliche Effekte, wie steigende Netzentgelte, ausgeglichen und die Umsetzung der Klimaziele gefördert werden.



- Katharina Hochmair, Wi
- Thomas Kreitmayer, Sta



Raus aus Gas

„Raus aus Gas“: Herausforderungen und Chancen für die kommende Phase des Wiener Programms

Zusammenfassung der Diskussionen

„Für Wien Energie ist 'Raus aus Gas' ein wichtiges Projekt. Es bedeutet Sicherheit, mehr Unabhängigkeit und stabilere Preise. Wir haben ehrgeizige Pläne, und ich bin überzeugt, dass wir sie gemeinsam erreichen werden. Gerade in herausfordernden Zeiten müssen wir die Ziele klar im Blick behalten – und den Weg Schritt für Schritt konsequent weitergehen.“

Alma Kahler, Geschäftsführerin Wien Energie



Der Ausstieg aus Gas stellt Wien vor große technische, rechtliche und organisatorische Herausforderungen. Während Haushalte und kleinere Betriebe vor allem wegen der Raumwärme betroffen sind, benötigen Industriebetriebe Gas weiterhin für energieintensive Prozesse, für die Ersatzlösungen oft noch fehlen.

Gleichzeitig belasten volatile Gaspreise viele Unternehmen. Obwohl bereits zahlreiche Maßnahmen zur Dekarbonisierung laufen – vom Ausbau der Fernwärme, Förderprogramme, Informationsangebote – fehlt es nach wie vor an einem klaren gesetzlichen Rahmen, der die Umstellungen beschleunigen würden. Entscheidungen in den Gebäuden schreiten aktuell nur mühevoll und sehr langsam voran, unter anderem wegen komplexer Abstimmungen in den Gebäuden, Finanzierungsfragen und fehlender rechtlicher Vorgaben.

Ein zentrales Instrument der künftigen Energiepolitik sind Gasnetzstilllegungspläne. Sie sollen eine geordnete Reduktion des Gasnetzes ermöglichen, abgestimmt auf lokale Gegebenheiten und wirtschaftliche Tragbarkeit. Gasnetzbetreiber müssen dafür prüfen, welche Leitungsabschnitte mittel- bis langfristig stillgelegt werden können und welche Alternativen zur Verfügung stehen werden. Die Stilllegung kann kleinteilig und lokal erfolgen.

Zugleich gewinnen finanzielle Fragen an Bedeutung: Wenn viele Haushalte aussteigen, verteilen sich die Netzkosten auf immer weniger, mitunter auch industrielle Kund*innen. Neben der Setzung von kostendämpfenden Maßnahmen im Netz (insbesondere Vermeidung von „stranded investments“) gilt es auch, eine faire Verteilung von Netzkosten (z. B. mittels vorzeitiger Abschreibung) vorzunehmen. Der Schutz vulnerabler Gruppen bleibt wichtig: In Wien setzt man auf Beratungsangebote, Ombudsstellen und Zuschüsse.



„Zur Frage, ob und wann dekarbonisiert werden soll, möchte ich antworten: Stadtweit bestehen vielfältige Optionen zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung: Neben der grundsätzlich sinnvollen Zentralisierung von Heizungssystemen bietet sich in vielen Bereichen der Anschluss an die gut ausgebaute Fernwärme an, während außerhalb der Fernwärmegebiete erneuerbare Heizlösungen eine zuverlässige Alternative darstellen. Der Wärmeplan weist uns sprichwörtlich den Weg. Mit den 100 Projekten zeigt die Stadt, wie es auch abseits der Fernwärme gelingen kann. Wien fördert, informiert und berät. Wer aktuell also möchte, der könnte jederzeit dekarbonisieren.“

Thomas Kreitmayer, Programmkordinator „Raus aus Gas“ Wien

Die Transformation eröffnet zugleich neue Chancen. Unternehmen, Start-ups und „Frontrunner“ entwickeln bereits heute innovative Produkte und Dienstleistungen für erneuerbare Wärmeversorgungen, Gebäudelösungen und Effizienzmaßnahmen. Die Verfügbarkeit von alternativen Energielösungen wird zunehmend auch

ein Standortvorteil. Damit die Bevölkerung und die Wirtschaft diesen Wandel aber mittragen, braucht es eine klare Kommunikation, attraktive Alternativen und verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen. Das zeigt nicht zuletzt auch der Blick auf andere EU-Staaten.

Für Wien gilt: Die Wärmewende erfordert Mut, Engagement und langfristige Planungssicherheit. Das Ziel bleibt eine sichere, leistbare und klimaneutrale Wärmeversorgung, bei der niemand im Kalten sitzt und bei der die bestehenden Systeme schrittweise durch erneuerbare Alternativen ersetzt werden.

Auf einen Blick: So kann die Wärmewende in Wien gelingen

Ein klarer Rechtsrahmen schafft Planbarkeit und ermöglicht eine geordnete Wärmewende.

Aktuell braucht es in Österreich – anders als z. B. in Deutschland und der Schweiz – noch (Bundes-) rechtliche Vorgaben (Gaswirtschaftsgesetz, Wohnrecht, ...).

Ein rückläufiger Gasverbrauch sowie laufend vom Gasnetz abtretende Kund*innen bedingen nicht nur in Österreich einen Anstieg an Gasnetztarifen.

Eine frühzeitige und koordinierte Planung für den Gasausstieg ist wesentlich, um erheblichen Kostensteigerungen vorzubeugen.

Wien steht mit der Wärmewende nicht allein da: Zahlreiche andere europäische Städte forcieren bereits den Gasausstieg, treiben den Ausbau der Fernwärme- und Stromnetze aktiv voran und ermöglichen den Umstieg auf Fernwärme.

Eine frühzeitige, offene und ehrliche Kommunikation ist entscheidend, um Bürger*innen auf die Reise in Richtung Wärmewende mitzunehmen.

Impressum:

Herausgeberin und Medieninhaberin: Stadt Wien, Magistratsdirektion Bauten und Technik, 1010 Wien

Für den Inhalt verantwortlich: Stadt Wien, Magistratsdirektion Bauten und Technik

Grafische Gestaltung: Stadt Wien Marketing GmbH

Redaktion: klar. Strategie- und Kommunikationsberatung

Fotos: Marton Zsolt, Sandra Pehofer, Dieter Steinbach

© Wien, Dezember 2025